

Die Chancen für eine offen vollzogene Integration der MNLF in die NDF mit all ihren politischen Konsequenzen sind aber, wenn überhaupt, auf absehbare Zeit dünn. Es

sei denn um den einkalkulierten Preis eines Entzugs diplomatischer und finanzieller Unterstützung durch die Islamische Konferenz, in deren Kalkül - zumal angesichts

einer Renaissance des Fundamentalismus - eine solch weitreichende politische Umorientierung seitens der MNLF nicht akkomodierbar wäre.

Rainer Werning

Anmerkungen

1) Harper's History of the War in the Philippines, New York 1900, S. 246.
 2) US-General Samuel S. Sumner, Truppenkommandeur in Mindanao und Sulu (1903) - zit. nach: George W. Davis, Annual Report of Major General George W. Davis, U.S. Army, Commanding Division of the Philippines, Oct. 1, 1902 to July 28, 1903. Manila 1903, S. 261.
 3) Vgl. Lela Gardner Noble, Philippine Policy Toward Sabah: A Claim to Independence. Tucson 1977: University of Arizona Press.
 4) Rainer Werning, Mindanao/Südphilippinen: Hintergründe eines vergessenen Krieges, in: Verfassung und Recht in Übersee (Hamburg) Nr. 3/1985.

5) Interview mit der MNLF-Führung von Paul Wilson, in: Far Eastern Economic Review vom 17. August 1979, S. 28-30.
 6) Eigene Informationen. Näheres in einer der nächsten SOA-Informationen.
 7) Amado Guerrero, On the struggle of the Moro people. Policy Paper issued on March 9, 1977 (mimeo.), o.O.
 8) Ebda. Das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Moros ist auch Bestandteil des neuen 12-Punkte-Programms der NDF, dessen vorläufige Fassung Anfang d.J. publik gemacht wurde.

9) Ang Bayan (zentrales Organ der CPP), Aug. 31, 1978, n.p., S. 13. Vgl. auch: Felix Razon, The Filipino Muslims and their struggle for self-determination, in: The Oppression of the Indigenous Peoples of the Philippines by F. Razon/R. Hensman. IWGIA Document 25, Copenhagen 1976: International Work Group for Indigenous Affairs.
 10) Manifest of the Moro National Liberation Front addressed to the Sixth Islamic Conference of Foreign Ministers. Jeddah, Royal Kingdom of Saudi Arabia, July 12-15, 1975 (mimeo.), 50 S. (hier S. 2-10).

Deutsche Entwicklungshilfe für die Philippinen

Die Gewaltherrschaft des Diktators Ferdinand Marcos, mittlerweile auch in bundesdeutschen Zeitungen als "Blutsaugerherrschaft" (1) angeprangert, steht weiterhin hoch in der Gunst staatlicher bundesdeutscher EH-Institutionen.

Als das abgehalfterte Regime 1984 wegen der hohen Auslandsverschuldungen (inzwischen etwa 30 Milliarden US-Dollar) seine Zahlungsunfähigkeit eingestehen mußte, war es die BRD, die als erstes europäisches Land auf die Bitten um zusätzliche Auslandshilfe reagierte. Mit zinsgünstigen Krediten über 55 Mio. DM bestätigte die BRD im August 1984 die Kreditwürdigkeit der Regierung Marcos und setzte damit ein Signal an andere Gläubiger und die laufenden Verhandlungen mit dem IWF.

"Wir sind hier, um etwas zu verkaufen. Was soll's, daß man uns vorhält, für jede DM an EH kämen Aufträge im Wert von 1,35 DM an die Wirtschaft zurück", (2) soll der zuständige Staatssekretär Lengl, CSU, damals in Manila gesagt haben. In diesem Sinne wurden auch 1985 wieder 40 Mio. DM zugesagt, um "die Zusammenarbeit mit den Philippinen nach dem entwicklungspolitischen Konzept von Bundesminister Jürgen Warnke, CSU, (zu) intensivieren". (3)

Seit 1961 hat die BRD den Philippinen insgesamt 696,1 Mio. DM zur Verfügung gestellt. (4) Seit 1977 beliefen sich die jährlichen Zuwendungen der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) und technischen Zusammenarbeit (TZ) auf 35-40 Mio. DM, womit die BRD als Geberland nach Japan und den USA an dritter Stelle

liegt. (5) Es handelt sich im allgemeinen um "weiche Kredite" mit 10 tilgungsfreien Jahren, einem Zinssatz von nur 2% und einer langen Laufzeit von 30 Jahren. (6)

Gegenwärtig gibt es 13 Projekte der FZ:

Kleinflächige Bewässerungsprojekte, Schiffsbagger I und II, Siedlungsprogramm Leyte, Umsiedlungsprogramme Dagat Dagatan und Dasmarias, nationales Kartographiezentrum, Studien- und Expertenfonds I und II und Warenhilfe II und III (zur Finanzierung des laufenden Importbedarfs aus der BRD)

Außerdem finanziert die Bundesregierung 16 Projekte im Rahmen der TZ:

Pflanzenschutzprogramm, Förderung von Baumwollanbau, Kohleexploration und Obstanbau, Programm zur Erzeugung von Kartoffelpflanzgut, Solarenergieversuchsanlage, Kartographiezentrum, Förderung der Universität der Philippinen in den Bereichen Meeresfischerei und Geologie, Studien und Expertenfonds, Timber Stands. Improvement, Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm, Forstinventur, Sonderenergieprogramm, Beratung im Fernmeldewesen, Cebu Upland Project.

Anhand der offiziellen Projektbeschreibungen ist eine Beurteilung dieser Projekte ohne Zusatzinformationen und genaueste Recherchen vor Ort nicht möglich.

Es gibt aber einige Punkte, die zum weiteren Nachdenken anregen. Das Siedlungsprogramm Leyte (Geburtsinsel der First Lady Imelda Romualdez, weitgehend im Besitz der Familie Romualdez) soll die Anbau-

fläche von 1.400 Siedlern verbessern und 750 neue Siedlerstellen für bisher landlose Bauern schaffen. Von den am 12.5.1982 bewilligten 24,2 Mio. DM waren bis Juli 1985 noch nicht einmal 1 Mio. DM ausgezahlt, angeblich wegen "wachsender Sicherheitsprobleme in der Region". (4)

Das Projekt "Nationale Forstinventur" scheint ähnlich schlecht konzipiert zu sein. Die beiden MdB's Rumpf, FDP, und Schluckebier, SPD, empfahlen nach ihrer Philippinenreise vom November 1984, das Projekt schleunigst zu Ende zu bringen, "da die Gefahr besteht, daß die ... Waldinventur 1988 feststellen muß, daß überhaupt kein Wald mehr da ist". (5)

Das Programm zur Erzeugung von Kartoffelpflanzgut läßt sich kaum mit den philippinischen EBgewohnheiten in Verbindung bringen. Dafür grenzen Versuchsfelder dieses Projektes direkt an riesige Kartoffelplantagen des Imbiss-Multis Mc Donald, des größten Kartoffelpflanzers der Philippinen. Ohne genauere Untersuchungen läßt sich diese Verbindung der staatlichen bundesdeutschen EH zum weltweiten Niedergang der EBkultur aber nicht belegen.

Es ist auch nicht klar nachweisbar, daß es sich bei der Solarenergieversuchsanlage um ein Forschungsprojekt der Firma Siemens handelt. Alle umliegenden Dörfer der Region sind aber schon mit anderen Energieträgern elektrifiziert. Das Pflanzenschutzprogramm scheint jedenfalls ein Erfolg zu werden, denn deutsche Chemie-Multis (Hoechst) halten inzwischen mehr

Marktanteile als die japanische Konkurrenz.

Besonders fragwürdig ist die Beteiligung der staatlichen deutschen EH am Hafenausbau von Manila und den damit verbundenen Zwangsumsiedlungen.

Schon 1969 hatte das BMZ mit 12,5 Mio. DM die Modernisierung des internationalen Hafens von Manila unterstützt - jedenfalls solange, wie die Filipinos bereit waren, von den EH-Geldern Hafenkranne bei deutschen Firmen zu kaufen. (7)

Angesichts der rasch expandierenden Exportproduktion der Philippinen, reichte dieses Gelände schon bald nicht mehr aus, und ein neuer Containerhafen mußte her. Die notwendige Masterplan-Studie wurde 1979 mit deutschen Geldern erstellt. (7) Mehr als 30.000 Menschen, die auf dem verplanten Gelände lebten, sollten zwangsumgesiedelt werden. Für ihre Neuansiedlung im 3 km entfernten Dagat Dagatan sagte das BMZ 1980 12 Mio. DM Kredite zu. Die meisten Wohnberechtigten haben ihre Häuser inzwischen an Mittelschichtsfamilien abgeben müssen, weil sie die hohen Mieten nicht aufbringen konnten. (7)

Weil Dagat Dagatan längst nicht alle zwangsumgesiedelten Menschen aufnehmen konnte, wurde 34 km von

Manila entfernt die Neuansiedlung Dasmariñas aus dem Boden gestampft. Das BMZ war wieder mit einem Darlehen von 10 Mio. DM dabei. (4)

Nur die Squatter wollten nicht mitmachen und begannen, sich gegen ihre Deportation zu wehren. Als so der ganze Zeitplan durcheinander geriet, hat Dr. Siegrid Lengl, Staatssekretär im BMZ, Ende Juli 1984 in Manila angeboten, auch die "direkten Transportkosten" zu übernehmen. (7)

Dasmariñas zählt mittlerweile 80.000 Einwohner und kaum 3.000 von ihnen haben Arbeit gefunden. (7) Die Nahrungsmittel sind wegen der hohen Transportkosten um 20% teurer als in Manila. (7) Einige Siedler versuchen weiterhin, ihrer alten Arbeit in Manila nachzugehen, aber die Fahrtkosten fressen den größten Teil des Verdienstes auf. Etwa 25% der Bewohner sind deshalb wieder in die Slums von Manila abgewandert. (7)

Die anderen werden derzeit mit einem Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm der staatlichen deutschen EH beglückt. 240 Arbeitslose dürfen Muschelkästen für deutsche Boutiquen zusammenkleben - für Hungerlöhne und dicke Gewinne des deutschen Exporteurs. (7)

Unterdessen verweisen im Hafen von Manila die deutschen Saugbagger "die japanische Konkurrenz ins Abseits". (5)

- Quellen:** (1) SZ 12.11.85
 (2) TAZ 21.8.84
 (3) FR 16.8.85
 (4) Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Länderkurzbericht Philippinen 1.7.85
 (5) Rumpf/Schluckebier, Philippinen-Reisebericht, Ausschußdruck-sache 10/244, Deutscher Bundestag-Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Februar 1985
 (6) Press and Information Office of the FRG, Bonn 10/1982
 (7) K.A. Immel, Terre des hommes Jahresbericht 3/85

- AGPhi



NACHRICHTEN

VORGEZOGENE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Widersetzte sich Präsident Marcos noch bis vor kurzem dem Druck der USA, vorzeitig Präsidentschaftswahlen abzuhalten ("Was können mir vorgezogene Wahlen geben? Ich habe doch schon das Mandat des Volkes"), so kündigte er Anfang November Wahlen für den 17. Januar an.

Unmittelbar nach dem Freispruch für alle Angeklagten im Aquino-Mordprozeß am 2.12.1985 und der formellen Wiedereinsetzung von General Ver als Generalstabschef wurde dann für die Wahlen der 7. Februar 1986 festgelegt. Die Witwe des ermordeten Oppositionspolitikers Aquino kündigte daraufhin öffentlich ihre Kandidatur als Präsidentschaftskandidatin an.

Extrem bemüht um die Aufbesserung seines arg ramponierten politischen Ansehens, machte Marcos sogar noch weitere Zugeständnisse. Er gab der Forderung der USA nach, das für seine Nachfolge strategische Amt des Vize-Präsidenten wieder einzuführen und bei den Wahlen besetzen zu lassen.



Dennoch bleibt die Anberaumung von Wahlen ein geschickter Zug von Marcos und ist alles andere als ein Zeichen von Bereitschaft, die Macht aus den Händen zu geben. Die Wahlen ermöglichen Marcos den wachsenden Reform-Druck der USA punktuell aufzufangen. Zweitens will er mit dem Wahlkampf ablenken von der katastrophalen Wirtschaftssituation und dem Freispruch von General Ver im Prozeß über die Aquino-Ermordung. Drittens wollte Marcos durch die sehr kurzfristige Terminierung die verschiedenen Teile der Opposition unter Druck setzen. Diese müssen sich schnell entscheiden, ob sie überhaupt an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen wollen und müssen sich ggf. auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen.

Trotz extremer Isolation im Land stehen die Chancen für Marcos nicht schlecht, die Wahlen gerade noch für sich zu entscheiden. Das Regime verfügt nach wie vor über weitgehende Kontrolle der Medien. Die die Wahlen überwachende Kommission 'Comelec' wurde noch weiter mit Marcos-Loyalisten besetzt, so daß Kardinal Sin schon spottete: "Wenn 'Comelec' Wahlen im Vatikan organisieren würde, könnte ich noch Papst werden". Und das Regime kann die Polizei- und Militärschinerie rücksichtslos einsetzen, um durch Einschüchterung und Terror eine Wiederwahl von Marcos zu ermöglichen.

Die Menschenrechtsverletzungen jedenfalls sind trotz des verstärkten internationalen Drucks auf das Regime nicht weniger geworden, im Gegenteil. In den nächsten beiden Monaten wird daher mit einem heißen und blutigen Wahlkampf zu rechnen sein. Marcos - wie lange noch?

- aus AGPhi 25/85, S. 1